

HINWEISE

miese-jobs.de Nachrichtenüberblick 07/2017

4. APR 2017 | MARKUS KRÜSEMANN

arbeit, Minijobs, Befristungen oder Niedriglöhne: Miese Jobs gibt es viel zu viele. Wir veröffentlichen in der Regel alle 14 Tage einen Überblick über Nachrichten und Berichte zu unsicheren und schlecht bezahlten Arbeitsverhältnissen. Das Topthema dieser Ausgabe: Minijobs

Die nächste Ausgabe dieses Nachrichtenüberblicks erscheint am Dienstag, dem 18.04.2017.

1] TOPTHEMA: MINIJOB

Schon wieder stehen die Minijobs im Zentrum medialer Aufmerksamkeiten. Erst im Januar hatte eine Minijobstudie Wellen geschlagen, nun sorgt die nächste Analyse für Diskussionen. Die Probleme indes sind dieselben geblieben: Zu häufig werden den geringfügig Beschäftigten elementare Arbeitnehmerrechte vorenthalten. Hinzu kommen Tricksereien bei der Entlohnung. Die ist sowieso nicht ausreichend, zumindest kann von Minijobs keiner leben. Und die paar Euro Rentenbeiträge sind wahrlich kein Rezept gegen Altersarmut.

Aus Arbeitgebersicht sind Minijobs dagegen ein willkommenes Instrument, um eine flexible Verschiebungsmasse an Beschäftigten kostengünstig vorhalten zu können. Diese und weit mehr Flexibilität wird regelmäßig eingefordert, und wenn es ginge, so würden die Betriebe ihr unternehmerisches Risiko komplett auf die Erwerbstätigen abwälzen und sie nurmehr auf Abruf anfordern, wie das bei geringfügig Beschäftigten ja häufig schon geschieht. Für sie erweist sich der Minijob nicht nur deswegen leider viel zu oft als Beschäftigungsfalle... Doch lesen Sie selbst.

Gewerkschaften warnen vor Minijob-Falle

Mehr als sieben Millionen Menschen in Deutschland haben einen Minijob. Viele lassen sich freiwillig auf das Angebot ein und sparen sich so Steuern und Beiträge zur Sozialversicherung. (...) Die Gewerkschaften aber meinen: Der Minijob kann auch eine Falle sein.

Weil nicht oder zu wenig in die Rentenversicherung eingezahlt wurde, droht Armut im Alter. (...) Das wollen die Gewerkschaften (...) ändern: Künftig sollten Minijobs schon ab dem ersten Euro in die Sozialversicherung einbezogen werden. Der DGB schlägt eine Gleitzone vor.

Quelle: BR.de vom 03.04.2017

Raus aus der Minijob-Falle

Damit der 450-Euro-Job nicht zur Falle wird: Die rund 3.900 Minijobber im Landkreis Nordhausen sollen bessergestellt werden. Das fordert die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt. Die IG BAU schlägt dazu eine Reform der geringfügigen Beschäftigung vor.

Demnach sollen Minijobs schon ab dem ersten Euro in die Sozialversicherung einbezogen werden. „Minijobs waren als flexible und vorübergehende Lösung gedacht. Aber für viele Beschäftigte – etwa in der Reinigung – sind sie langsam zum Dauerzustand geworden, aus dem sie nicht mehr herauskommen“, sagt Harald Buntfuß von der IG BAU Nordthüringen.

Quelle: nnz-online.de vom 30.03.2017

Minijobs: 1,2 Millionen zahlen Beiträge

Die Zahl der Minijobber in Betrieben, die aus eigener Tasche Rentenbeiträge zahlen und damit Anspruch auf alle Renten-Leistungen erwerben, ist im vierten Quartal 2016 auf mehr als 1,2 Millionen gestiegen. Das waren 18,2 Prozent der insgesamt 6,67 Millionen 450-Euro-Kräfte.

Seit 2013 sind Minijobber generell rentenversicherungspflichtig, können aber auf Antrag bei ihrem Arbeitgeber auf die Versicherungspflicht verzichten. Der Vorteil eigener Beitragszahlungen: Den betroffenen Beschäftigten steht – nach entsprechender Versicherungszeit – das komplette Leistungspaket der Rentenversicherung offen.

Quelle: Ihre-Vorsorge.de vom 30.07.2017

Minijobs: Handel lehnt DGB-Vorschlag ab

Minijobs dürfen auch in Zukunft nicht in die Sozialversicherungspflicht einbezogen werden. Einem entsprechenden Vorschlag des DGB hat der HBE eine deutliche Absage erteilt.

Die vom DGB vorgeschlagene Einbeziehung der Minijobber in die Sozialversicherungspflicht würde einer Abschaffung der Minijobs gleichkommen. Der Einzelhandel ist jedoch laut HBE-Hauptgeschäftsführer Dr. Martin Aigner auf diese flexible Beschäftigungsform angewiesen.

Quelle: Handelsverband Bayern online vom 24.03.2017

Alles koscher bei den Minijobs? Wohl kaum

Bei den Minijobs wird besonders häufig getrickst. Es kann daher nur wenig überraschen, dass auch bei der Bezahlung das Prinzip "kreative Lohngestaltung" angewendet wird. Neuester Aufreger: Geringfügig Beschäftigte erhalten oft nicht mal den Mindestlohn. Doch all diese Probleme sind schon länger bekannt.

Hintergrund der Berichterstattung bildete diesmal eine Studie des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung (RWI). (...) Hinsichtlich der Entlohnung hat die RWI-Befragung (...) ergeben, dass rund ein Viertel der MinijobberInnen ziemlich genau den Mindestlohn gezahlt bekommt. Doch immerhin 14,5 Prozent der befragten ArbeitnehmerInnen gaben an, einen geringeren Stundenlohn zu erhalten.

Quelle: miese-Jobs.de vom 24.03.2017

Probleme bei Minijobs angehen

Nein, viel Geld sind 450 Euro im Monat als Verdienst wahrlich nicht. (...) Der Arbeitgeber zahlt neben dem Lohn eine pauschale Abgabe. Die deckt unter anderem ab, dass Minijobber Anspruch auf Lohnfortzahlung im Krankheitsfall haben.

Und hier beginnen die Probleme. Denn laut der neuesten Studie bekommt jeder zweite Minijobber keinen bezahlten Urlaub. Gar nur jeder Dritte wird bei Krankheit entlohnt. Auch die Umgehung des Mindestlohns spielt noch immer eine nennenswerte Rolle.

Quelle: Südwest Presse online vom 24.03.2017

Viele Minijobber bekommen keinen Mindestlohn

Von den bundesweit knapp 7,5 Millionen Minijobbern erhält laut einer Studie etwa jeder Achte entgegen den Vorschriften nicht den gesetzlichen Mindestlohn. Zu diesem Ergebnis kommt eine Untersuchung des RWI-Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung.

In der Befragung für die Studie gaben im vergangenen Herbst 14,5 Prozent der Minijobber an, dass sie nicht den gesetzlichen Mindestlohn von damals 8,50 Euro erhielten. (...) In zwölf Prozent der Fälle lagen laut Schmeltzer „klare Gesetzesverstöße“ vor.

Quelle: Handelsblatt online vom 23.03.2017

Millionen Minijobber ohne bezahlten Urlaub

Nur 29 Prozent der geringfügig Beschäftigten erhalten Lohn bei Krankheit. Auch der Urlaub ist oft unvergütet. Dabei ist der Minijob für viele die einzige Erwerbsquelle.

Schmeltzer sagte, dass Arbeitgeber Minijobbern ihre Rechte häufig vorenthalten würden. "Viele Arbeitgeber behandeln Minijobber nach wie vor als Arbeitnehmer zweiter Klasse", sagte der Arbeitsminister Nordrhein-Westfalens.

Quelle: Zeit online vom 23.03.2017

So will Amela den Weg aus der Mini-Job-Falle schaffen

Als Amela Mujic (40) ihre Tochter vor drei Jahren zum Arzt begleitet, sieht sie einen Aushang. Kurz darauf ist sie „Putzperle“ – auf glanzloser 200-Euro-Basis. Doch was als Zwischenlösung angedacht war, ist für Amela zur Dauerlösung geworden: Sie ist in der Mini-Job-Falle!

Mujic gehört zu den 150.000 Münchnern, die einen Mini-Job ausüben. (...) Und für viele wird dieser Job zur Falle. Auch für Amela Mujic. Obwohl die gebürtige Bosnierin eine Ausbildung zur Landwirtschaftstechnikerin abgeschlossen hat, muss sich die 40-Jährige seit über zehn Jahren mit diesen Nebentätigkeiten auf 200-Euro-Basis über Wasser halten.

Quelle: tz.de vom 23.03.2017

Wiedereinstieg in den Beruf: «Es muss kein Mini-Job sein»

Es sind oft Frauen, die wegen der Kinder aus dem Berufsleben aussteigen - und dann mitunter nach Jahren in den Job wiedereinsteigen wollen. (...) So manche Berufsrückkehrerin nehme dann erst einmal einen Minijob an oder eine Stelle deutlich unterhalb der eigenen Qualifikation.

Viele machten den Denkfehler, zu glauben, dass aus dem Minijob irgendwann eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung wird, erläuterte Weckenmann. Nach ihrer Erfahrung sei das in meisten Fällen jedoch nicht gegeben.

Quelle: Süddeutsche.de vom 22.03.2017

2] WEITERE BERICHTE

Zollbehörde erreicht mit weniger Kontrollen höhere Mindestlohn-Geldbußen

Die für Mindestlohn-Verstöße zuständige Finanzkontrolle Schwarzarbeit (FKS) hat in 2016 weniger Unternehmen auf Verstöße gegen die Mindestlohn- und andere Vorschriften kontrolliert. (...) Trotz geringerer Kontrolldichte wurden in 2016 insgesamt höhere Geldbußen festgesetzt.

Die Summe der verhängten Geldbußen stieg von 43,4 Mio. EUR im Jahr 2015 auf 48,7 Millionen EUR in 2016. Schon die Zahlen sprechen dafür, dass die Behörden gezielter vorgehen und verstärkt anlassbezogen prüfen.

Quelle: Haufe.de vom 03.04.2017

Duale Ausbildung schützt nicht vor Niedriglohn

Es sind schöne Worte, die den Berufsbildungsbericht 2016 einleiten (...). Allerdings übergehen sowohl die Bundesregierung als auch die Wirtschaftsverbände geflissentlich ein weniger ruhmvolles Merkmal des ansonsten hochgelobten deutschen Fachkraftwesens: Millionen Menschen in Deutschland sind trotz abgeschlossener Berufsausbildung im Niedriglohnsektor tätig.

Dem aktuellen Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung zufolge arbeiteten 2014 bundesweit 7,65 Millionen Beschäftigte im Niedriglohnbereich. Mehr als 5,1 Millionen von ihnen verfügten über einen anerkannten Berufsabschluss.

Quelle: FR online vom 02.04.2017

Teilzeit-Boom in den Pflegeheimen

Um die Pflegebedürftigen in den Heimen kümmern sich immer mehr Teilzeitkräfte. Vollzeitjobs dagegen bleiben auf der Strecke. Das geht aus Daten des Statistischen Bundesamtes hervor, die unserer Redaktion vorliegen.

1999 gab es demnach rund 198 000 Teilzeitjobs in den Heimen. 2015 waren es 462 000. Das ist ein Anstieg um gut 130 Prozent. (...) Die Zahl der Vollzeitstellen in den Heimen ging seit 1999 dagegen um etwa 2000 auf knapp 210 000 zurück.

Quelle: Saarbrücker Zeitung online vom 01.04.2017

Zwischen mehr Gerechtigkeit und moderner Sklaverei

Bundesweit gibt es rund eine Million Leiharbeiter. Für die meisten bedeutet dies dauernde Unsicherheit und geringer Lohn. Ab diesem Samstag soll ein neues Gesetz ihre Situation verbessern. Kritiker sprechen weiter von moderner Sklaverei.

Geschickte Firmen können die angestrebte Lohngleichheit jedoch umgehen. In einem Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages warnen die Experten vor Schlupflöchern.

Quelle: domradio.de vom 01.04.2017

Arbeitnehmerüberlassungsgesetz soll Leiharbeiter besserstellen

Neues Arbeitnehmerüberlassungsgesetz soll Leiharbeiter besserstellen (...). Arbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) (...) sieht mit dem novellierten Arbeitnehmerüberlassungsgesetz die Rechte der Leiharbeiter gestärkt. (...)

Das sehen nicht alle so.

Für Matthias Brümmer von der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (...) wird sich für viele Leiharbeiter mit dem Gesetz das Problem nur verschieben. "Zwar wird die Leiharbeit massiv zurückgehen – aber dafür wird die Zahl der Werkverträge im gleichen Ausmaß zunehmen", sagt er.

Quelle: Badische Zeitung online vom 31.03.2017

Kein Mindestlohn für Behinderte

Mit 1,50 Euro pro Stunde sind viele Behinderte, die in Behindertenwerkstätten arbeiten, meilenweit vom Mindestlohn entfernt. Obwohl viele eine ganze normale Fünf-Tage-Arbeitswoche haben. (...) Ein Schwerbehinderter hatte deshalb auf Mindestlohn geklagt.

Doch schleswig-holsteinische Arbeitsgerichte entschieden in zwei Instanzen, Behinderte, die in Werkstätten arbeiten, haben keinen Anspruch darauf. Etwa 700 solcher Werkstätten mit rund 300.000 behinderten Mitarbeitern gibt es in Deutschland.

Quelle: Tagesschau.de vom 31.03.2017

Hochschulen: Jede vierte Verwaltungsstelle befristet

Die große Mehrheit der wissenschaftlichen MitarbeiterInnen handelt sich von Zeitvertrag zu Zeitvertrag. Doch nicht nur ForscherInnen müssen mit befristeten Verträgen vorlieb nehmen.

Jede vierte Stelle beim sogenannten wissenschaftsunterstützenden Personal ist keine Dauerstelle. Wie die Bundesregierung (...) mitteilt, waren 2015 knapp 72.000 hauptamtliche MitarbeiterInnen im Verwaltungsdienst, in der Technik oder sonstigen Bereichen befristet beschäftigt.

Quelle: taz.de vom 30.03.2017

Mehr Leiharbeiter in Sachsen-Anhalt

In Sachsen-Anhalts Unternehmen arbeiten mehr Leiharbeiter. Ihre Zahl stieg im vergangenen Jahr auf rund 26.400, etwa 900 mehr als 2015, wie die Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit am Donnerstag mitteilte

Leiharbeit dürfe aber nicht zum Dauerzustand werden, um eine Festanstellung von Mitarbeitern zu umgehen, sagte Senius. Denn die auf Zeit beschäftigten Mitarbeiter verdienen der Agentur zufolge deutlich weniger.

Quelle: Volksstimme online vom 30.03.2017

Hungerlöhne in SH - Berater helfen Ausländern

Nur zwei Euro Stundenlohn fürs Tellerwaschen, keine Krankenversicherung, mangelnder Gesundheitsschutz: Vor allem Menschen aus den östlichen EU-Staaten und Flüchtlinge nehmen teils extreme Arbeitsbedingungen in Kauf, wenn sie in Schleswig-Holstein arbeiten.

Ausbeutung und menschenunwürdige Praktiken gebe es zum Beispiel in Schlachthöfen, auf Werften, Feldern, dem Bau oder in der Gastronomie, berichtete der Vorsitzende des DGB Nord, Uwe Polkaehn, bei der Eröffnung der Beratungsräume.

Quelle: NDR.de vom 29.03.2017

„Viele sitzen in der Teilzeitfalle“

Buntenbach: "Umfragen zeigen, dass etwa ein Drittel der Teilzeitbeschäftigten gern mehr arbeiten würden und ein Viertel nur deshalb in Teilzeit ist, weil ihnen keine Vollzeitstelle angeboten wird. Das betrifft vor allem Frauen, die wegen Kindererziehungszeiten oder der Pflege von Angehörigen im Job für einige Jahre kürzer treten und dann in Teilzeit festhängen."

"Viele von ihnen sitzen der Teilzeitfalle. Das soll sich durch den im Koalitionsvertrag zwischen Union und SPD vereinbarten Rechtsanspruch auf Rückkehr in Vollzeit ändern."

Quelle: FR online vom 28.03.2017

Große Lohnunterschiede in den einzelnen Wirtschaftszweigen

Am wenigsten wird im Bereich persönlicher Dienstleistungen wie in Friseursalons oder in Wäschereien verdient (...). Am unteren Ende der Einkommensskala stehen demnach auch chemische Reinigungen, Kosmetiksalons, Bestattungsunternehmen, Saunas, Solarien und Bäder.

Der Niedriglohnanteil liegt in der Gastronomie und im Spiel-, Wett- und Lotteriewesen bei über 70 Prozent. Bei Gas, Erdöl, der Mineralölverarbeitung sowie Versicherungen beträgt er 0,4 bis 1,7 Prozent.

Quelle: Saarbrücker Zeitung online vom 28.03.2017

Jeder dritte Geringverdiener steigt zügig auf

Knapp 13 Millionen Menschen in Deutschland leben in relativ armen Verhältnissen, weil ihr Einkommen weniger als 60 Prozent des gesellschaftlichen Mittelwerts beträgt. Immerhin ein Drittel der Betroffenen (...) steigen aber innerhalb eines Jahres in eine höhere Einkommensschicht auf.

Der Anteil der Aufsteiger unter den im statistischen Sinne Armutsgefährdeten ist damit zwar geringer als Mitte der neunziger Jahre; damals waren zeitweilig rund 40 Prozent innerhalb eines Jahres aufgestiegen.

Quelle: FAZ.net vom 27.03.2017

Beitragsschulden - Ratlosigkeit regiert

Die Beitragsschulden in der GKV sind auf zuletzt 6,15 Milliarden Euro gestiegen. Vermeintlich einfache Lösungen gibt es nicht. (...) Kernproblem ist die Verschuldung insbesondere bei Solo-Selbstständigen.

Obwohl Kassenverbände wissen, dass Symptomkur nicht reicht, schlagen sie – vorläufig – genau diese vor: Es sollte über eine neue Mindestbemessung für Selbstständige von 1487 Euro "diskutiert" werden, schlägt der BKK-Dachverband vor.

Quelle: Ärzte Zeitung online vom 24.03.2017

Wenn es im Cockpit prekär wird

Tom K. ist solch ein Nachwuchspilot. Der Neunundzwanzigjährige, der seinen richtigen Namen nicht in der Zeitung lesen möchte, fliegt seit gut drei Jahren für die irische Low-Cost-Gesellschaft Ryanair, die mittlerweile auch auf dem Frankfurter Flughafen Fuß fasst.

Angestellter der Iren ist er bis heute allerdings nicht. Formal ist er Geschäftsführer einer Limited nach irischem Recht, deren einziger Mitarbeiter er ist. Vertraglich ist er mit einer Art Leiharbeitsfirma verbunden, die seine Dienstleistung an Ryanair verkauft.

Quelle: FAZ.net vom 24.03.2017

Diskriminierung, Überstunden und schlechte Bezahlung

Forscher vom Oxford-Internet-Institut haben drei Jahre lang neue Formen der Online-Auftragsarbeit wie Crowd- und Clickworking untersucht. (...) Die Wissenschaftler haben für die Studie 456 Crowdworker vor allem aus Südostasien und den südlichen Ländern Afrikas online befragt.

Die Ergebnisse seien "nicht notwendigerweise repräsentativ" für die einbezogenen Staaten, aber aussagekräftig, schreiben die Forscher. (...) Das Überangebot an Arbeitssuchenden sei gewaltig, die Unsicherheit groß.

Quelle: Heise online vom 23.03.2017

Union sperrt sich bei Teilzeitgesetz gegen SPD

Die Union sperrt sich gegen eine Neuerung im Teilzeit- und Befristungsgesetz (...). Union und SPD hatten seinerzeit vereinbart, dass Beschäftigte einen Anspruch auf befristete Teilzeit und anschließende Rückkehr auf eine Vollzeitstelle bekommen sollen.

Der Entwurf, der noch nicht öffentlich ist, aber dem Tagesspiegel vorliegt, soll – die überwiegend betroffenen – Frauen, aus der „Teilzeitfalle“ holen. Bis zu 750.000 Beschäftigte können nicht zurück in die Vollzeit, obwohl sie das wünschen, schätzt das Arbeitsministerium.

Quelle: Tagesspiegel online vom 23.03.2017

Viele zahnmedizinische Fachangestellte erhalten nur den Mindestlohn

Kritik an der Bezahlung von zahnmedizinischen Fachangestellten (ZFA) übt jetzt der Verband der medizinischen Fachberufe (VMF). (...) Laut Verband gaben 21 Prozent der teilnehmenden Fachangestellten an, nur maximal den gesetzlichen Mindestlohn (...) zu erhalten.

"Das Honorar für eine professionelle Zahnreinigung liegt zwischen 80 und 100 Euro. Darf es sein, dass eine qualifizierte ZMP oder ZMF für diese erbrachte Leistung mit dem Mindestlohn von damals 8,50 brutto pro Stunde abgespeist wird?"

Quelle: ÄrzteZeitung online vom 22.03.2017

Bei der Modekette H&M ist „Arbeit auf Abruf“ immer üblicher

In Deutschland sind 1,5 Millionen Menschen nur noch „auf Abruf“ beschäftigt. Sie müssen ihren Alltag sehr flexibel gestalten und sich immer zur Verfügung halten. Ihr Einkommen schwankt von Monat zu Monat.

Bei H&M haben sich diese Arbeitsverhältnisse in den vergangenen Jahren sogar verdoppelt. Solche flexiblen

Arbeitsverhältnisse helfen Firmen, das unternehmerische Risiko auf Mitarbeiter abwälzen.

Quelle: correctiv.org vom 22.03.2017

Energie-Experten fordern: Gutverdiener sollen mehr für Strom zahlen

Das Essener RWI-Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) stellte jüngst brisante Pläne vor. In der Absicht, die „Gerechtigkeitslücke der Energiewende“ zu schließen, sollen Gutverdiener in Zukunft mehr für Strom zahlen als einkommensschwache Bürger, heißt es in dem Bericht.

Die Umlage nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG-Umlage) belastet finanzschwache Bürger im Verhältnis zu ihrem Einkommen viel stärker als Haushalte mit hohem Nettoeinkommen. (...) Die zehn Prozent der ärmsten Haushalte zahlen für die EEG-Umlage 1,5 Prozent ihres Haushalts-Nettoeinkommens, die reichsten Haushalte hingegen nur 0,4 Prozent

Quelle: Focus online vom 22.03.2017

Leiharbeiter sind deutlich schlechter bezahlt

Doch ganz ohne Kritik war die Leiharbeit nie. Vor allem die Gewerkschaften starteten immer wieder Kampagnen zur Leiharbeit, bei der sie die ungleichen Arbeitsbedingungen und Bezahlung der regulären Belegschaft und der Leiharbeiter anprangerte.

Diese deutliche Lohn-Differenz zwischen Leiharbeitern und dem durchschnittlichen Vollzeitbeschäftigten bestätigte nun auch die Bundesagentur für Arbeit, die eine Anfrage einer Bundestagsabgeordneten beantwortet hatte.

Quelle: Heidenheimer Zeitung online vom 22.03.2017

Markus Krüsemann ist Soziologe und Mitarbeiter am Göttinger Institut für Regionalforschung. Unter www.miese-jobs.de betreibt er ein Informationsportal zu atypischen und prekären Beschäftigungsformen.

URL: <https://www.blickpunkt-wiso.de/post/miese-jobsde-nachrichtenueberblick-072017--2025.html>

PDF erstellt am: 05.12.2021